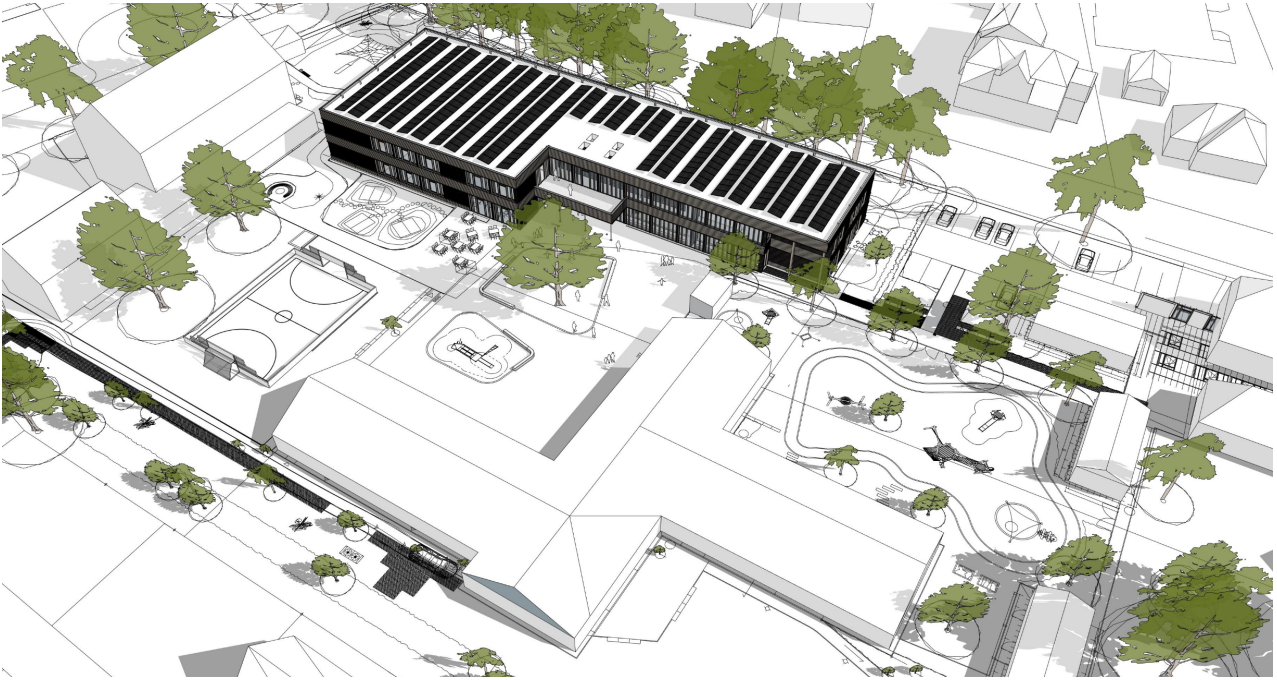


# BRANDSCHUTZKONZEPT



ERRICHTUNG EINER ZWEIZÜGIGEN OFFENEN  
GANZTAGESSCHULE IM RAHMEN EINES ZUKUNFTS-  
ORIENTIERTEN SCHULKONZEPTE FÜR INSGESAMT 8 KLASSEN  
TARPER STRAÙE 19, 21  
24997 WANDERUP, SCHLESWIG- FLENSBURG

PROJEKTNR. 09-25-05

## BRANDSCHUTZKONZEPT

Projekt-Nr. 09-25-05

**PROJEKT:** Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagesesshule im Rahmen eines zukunftsorientierten Schulkonzeptes für insgesamt 8 Klassen  
Tarper Straße 19, 21  
24997 Wanderup, Schleswig-Flensburg

**BAUHERR:** Gemeinde Wanderup über Amt Eggebek  
Hauptstraße 2  
24852 Eggebek

**ENTWURFSVERFASSER:** Jebens Schoof Architekten BDA  
Speichergasse 6  
25746 Heide

**KONZEPTERSTELLER:** Assmann Schmidt Ingenieure  
Sachverständigenbüro für vorbeugenden Brandschutz  
Sandstrasse 18  
23552 Lübeck  
Tel. 0451 / 70 78 20 20  
Fax. 0451 / 70 78 20 29  
info@assmann-schmidt.de

**Textteil** 22 Seiten

**Zeichnungen:** 3 Seiten

**Anlagen:** Löschwassernachweis 2 Seiten

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Allgemeine Angaben</b>	<b>5</b>
1.1	Aufgabenstellung .....	5
1.2	Unterlagen und Angaben .....	5
1.3	Literaturnachweise.....	6
<b>2</b>	<b>Beschreibung der baulichen Anlage</b>	<b>7</b>
2.1	Lage und Gebäudeabmessungen.....	7
2.2	Bauweise.....	7
2.3	Art der Nutzung.....	7
2.4	Anzahl und Art der die bauliche Anlage nutzende Personen.....	7
2.5	Baurechtliche Einstufung.....	8
2.6	Schutzziele .....	8
2.7	Risikoanalyse .....	9
<b>3</b>	<b>Baulicher Brandschutz</b>	<b>10</b>
3.1	Zugänglichkeit der baulichen Anlage.....	10
3.2	Tragende Wände und Stützen .....	10
3.3	Außenwände .....	11
3.4	Brandabschnitte.....	11
3.5	Trennwände .....	11
3.6	Decken .....	12
3.7	Dächer .....	12
3.8	Erster und zweiter Rettungsweg .....	13
3.9	Notwendige Treppen und notwendige Treppenräume.....	14
3.10	Notwendige Flure .....	14
3.11	Aufzugsanlage.....	14
<b>4</b>	<b>Anlagentechnischer Brandschutz</b>	<b>15</b>
4.1	Sicherheitsbeleuchtung und Rettungswegkennzeichnung.....	15
4.2	Alarmierungseinrichtungen .....	15
4.3	Einrichtungen zur Rauchableitung .....	16
4.4	Sicherheitsstromversorgung und Funktionserhalt .....	16
4.5	Leistungs- und Lüftungsanlagen .....	16
4.6	Blitz- und Überspannungsschutz .....	16
<b>5</b>	<b>Abwehrender Brandschutz</b>	<b>17</b>
5.1	Löschwasserversorgung .....	17

5.2	Löscheinrichtungen .....	17
5.3	Flächen für die Feuerwehr .....	17
<b>6</b>	<b>Organisatorischer Brandschutz</b>	<b>18</b>
6.1	Brandschutzordnung .....	18
6.2	Flucht- und Rettungspläne .....	18
6.3	Feuerwehrpläne .....	18
6.4	Unterweisung von Mitarbeitern .....	18
<b>7</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>18</b>
7.1	Brandschutz in der Bauphase .....	18
7.2	Nutzungsänderung .....	19
7.3	Verwendbarkeitsnachweise / Fachunternehmererklärung .....	19
7.4	Sicherheitstechnische Prüfungen .....	19
7.5	Instandhaltung .....	19
<b>8</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>20</b>
8.1	Abweichungen .....	20
8.2	Fachbauleitung Brandschutz .....	21
8.3	Erklärung des Konzepterstellers .....	21
8.4	Urheberrecht, Einzelfallbetrachtung .....	22

## 1 Allgemeine Angaben

### 1.1 Aufgabenstellung

Der Bauherr, die Gemeinde Wanderup über Amt Eggebek, plant die Errichtung eines neuen, zweigeschossigen Schulgebäudes für die Offene Ganztagschule Wanderup auf dem bestehenden Grundstück in der Tarper Straße 19, 21 in 24997 Wanderup. Assmann Schmidt Ingenieure wurden mit der Erstellung des erforderlichen Brandschutzkonzeptes beauftragt. Das nachfolgende Brandschutzkonzept erfolgt auf der Grundlage der Vfdb-Richtlinie 01/01 vom April 2008 „Brandschutzkonzept“ und beinhaltet die erforderlichen brandschutztechnischen Maßnahmen zur Erfüllung der Schutzziele gemäß der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein vom 05. Juli 2024, zuletzt geändert am 13.12.2024.

Das Brandschutzkonzept stellt eine Fachplanung dar. Aus den Bewertungen des Fachplaners kann kein Rechtsanspruch abgeleitet werden. Über die Zulässigkeit von Abweichungen oder Erfordernissen der Landesbauordnung und evtl. Sonderbauverordnungen kann nur die zuständige Bauaufsichtsbehörde oder der mit der Prüfung beauftragte Prüflingenieur für Brandschutz entscheiden.

Brandschutztechnische Anforderungen, die sich von Seiten eines Sachversicherers an das Bauvorhaben ergeben können, werden nicht bewertet. Diese sind vor Abschluss der Baumaßnahmen mit dem Sachschadenversicherer zu klären. Gleiches gilt für Maßnahmen, die sich aus arbeitsschutzrechtlichen Regelungen ergeben. Derartige Belange sind mit der entsprechenden Behörde abzustimmen.

### 1.2 Unterlagen und Angaben

Grundlage für die Erstellung des Brandschutzkonzeptes waren nachfolgende, uns zur Verfügung gestellte Unterlagen:

Planinhalt	Maßstab	Datum
Auszug aus Liegenschaftskarte	1:500	13.08.2025
Lageplan	1:500	14.10.2025
Grundriss Erdgeschoss	1:100	24.10.2025
Grundriss Obergeschoss	1:100	24.10.2025
Schnitte A-A, B-B, C-C	1:100	24.10.2025
Ansichten	1:100	24.10.2025
Baubeschreibung		07.11.2025
Betriebsbeschreibung		07.11.2025

### 1.3 Literaturnachweise

Bei der Erstellung dieses Brandschutzkonzeptes wurden insbesondere nachfolgende gesetzliche Bestimmungen, technische Regeln und Fachliteratur eingesetzt:

- Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (Landesbauordnung LBO vom 05. Juli 2024 (GVObI. S.875, 928), letzte Änderung vom 13.12.2024
- Normenkonkretisierende Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (Vollzugsbekanntmachung Landesbauordnung – VollzBekLBO) vom 15. August 2024
- Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land Schleswig-Holstein (VV TB SH), März 2025
- Muster-Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (Muster-Schulbau-Richtlinie – MschulbauR); Fassung April 2009
- Landesverordnung über die Prüfung technischer Anlagen nach dem Bauordnungsrecht (Prüfverordnung - PrüfVO) vom 13. Dezember 2023
- ETB S-H - „Musterrichtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie - MLAR)“, Stand 2015-02, zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht 03.09.2020
- Kommentar zu MLAR, MSysBör, EltBauVO, Lippe/Wesche/Rosenwirth, Heizungs-Journal Verlags-GmbH, 5.Auflage
- ETB S-H - „Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie M-LüAR)“, Stand 29. September 2005, geändert 03.09.2020
- Kommentar zu der Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie M-LüAR, 2.Auflage (2016)
- Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW), Technische Regeln Arbeitsblatt W 405, „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ vom Februar 2008
- ETB S-H - „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“, Stand 2009-10
- Eurocode 1 bis 6 und 9, jeweils Teile -1-2 Bemessung für den Brandfall, in der derzeit geltenden Fassung
- vfdb-Richtlinien, vfdb 01/01 „Brandschutzkonzepte“ vom April 2008
- DIN 4102-4 - Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen, Stand Mai 2016
- DIN VDE 0108-100 (VDE 0108-100):2024-10 „Sicherheitsbeleuchtungsanlagen“, EN 50172:2024-10

**Hinweis:** Bezüglich der Benennungen von bauaufsichtlichen Anforderungen an Baustoffe und Bauteile, werden im Rahmen dieses Brandschutzkonzeptes die verbalen bauaufsichtlichen Begriffe verwendet (z. B. feuerhemmend anstatt F30 B / REI 30). Diese Begriffe sind im Rahmen der Ausführungsplanung in die nationalen Klassen nach DIN 4102 bzw. in die internationalen Klassen nach DIN EN 13501 zu übersetzen. Die Zuordnung erfolgt über die Vorgaben der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen Schleswig-Holstein. Als „Übersetzungshilfe“ kann der Anhang 4 der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen herangezogen werden.

## **2 Beschreibung der baulichen Anlage**

### **2.1 Lage und Gebäudeabmessungen**

Das Grundstück der bestehenden Grundschule Wanderup und der Offenen Ganztagschule liegt am süd-östlichen Ortsrand von Wanderup im Kreis Schleswig-Flensburg. Das Grundstück ist in der Gemarkung Wanderup in der Flur: 6, Flurstück 19/2, 20/1 in der Tarper Straße 19, 21 24997 Wanderup geführt. Der freistehende Neubau ist zweigeschossig geplant und weist eine Ausdehnung von ca. 68,2 m x 23,2 m in Ost-Westrichtung bei einer Bruttogrundfläche von ca. 1.297 m<sup>2</sup>. Der bislang an dieser Stelle bestehende Schulkörper wird zurückgebaut.

### **2.2 Bauweise**

Das neue Schulgebäude ist als Holzskelettbau Mit Holzkassettendecken geplant. Im Bereich der beiden notwendigen Treppenräume werden die Umfassungswände und die Decken in Stahlbetonbauweise errichtet. Die Treppenläufe und die Podeste selbst sind ebenfalls in Stahlbetonbauweise geplant. Der Aufzugsschacht ist in Stahlbetonbauweise vorgesehen. Die Fassaden des Gebäudes sind in Holzbauweise vorgesehen. Das Dach wird mit einer extensiven Begrünung Auf Kunststoffabdichtungsbahnen ausgeführt. Zentrale Lüftungsanlagen sind nicht vorgesehen. Die Beheizung erfolgt als Nahwärmeanschluss an die Pellettheizung im Bereich des Sporthallenbaus.

### **2.3 Art der Nutzung**

Im Rahmen des zukunftsgerichteten Schulkonzeptes und der gelebten Offenen Ganztagschule wird der Schulraum in Wanderup neu gedacht und ein Neubau einer zweizügigen offenen Ganztageschule für insgesamt acht Klassen entwickelt. Das alte Schulgebäude wird abgerissen. Während der Bauphase werden die Schülerinnen temporär in Containern untergebracht, die neben der bestehenden Containeranlage auf dem angrenzenden Sportplatz Platz finden (siehe gesonderten Brandschutznachweis). Ziel ist es, eine Lernwelt zu schaffen, die der Entwicklung des heranwachsenden Menschen gerecht wird - räumlich wie inhaltlich. Die Schule wird zum sozialen Mittelpunkt im Ort, ein Ort des Lernens, der Gemeinschaft und der Identifikation – ein Stück neue Heimat für die Kinder der Gemeinde Wanderup. Die Aula fungiert als zentraler Verteilerraum und zugleich als offener, einladender Ort für Kommunikation, Aufenthalt und informelles Lernen. Gemeinsam mit der zentralen Stb.-Haupttreppe entsteht hier eine offene Lernlandschaft. Es entsteht eine große offene Halle mit Bühnensituation, die für schulische Veranstaltungen, Aufführungen und Versammlungen genutzt werden kann. Die anschließenden Unterrichtsbereiche werden ebenfalls als offene Lernbereiche in beiden Geschossen ausgebildet. Auf die Ausbildung von reinen Verkehrsfluren wird verzichtet.

### **2.4 Anzahl und Art der die bauliche Anlage nutzende Personen**

Im Neubau sollen bis zu ca. 240 SchülerInnen unterrichtet werden. Die Nutzung wird während der normalen Schulzeiten montags bis freitags von 7:00 bis 17:00 Uhr stattfinden. Im Gebäude sind bis zu 27 betreuende Personen vorgesehen.

## 2.5 Baurechtliche Einstufung

Gemäß Schleswig-Holsteinischer Bauordnung vom 5. Juli 2024, zuletzt geändert am 13.12.2024, ist der geplante Schulneubau als geregelter Sonderbau nach § 2 (4) 13. "Schulen, Hochschulen und ähnliche Einrichtungen" einzustufen. Weiterhin ist das freistehende Gebäude mit einer Höhe des Fussbodens über dem Gelände im Mittel von 3,745 m in die Gebäudeklasse 3 nach § 2 (3) 3. LBO S-H 2024 einzuordnen. Zusätzlich wird das Gebäude nach der Muster-Schulbau-Richtlinie (Fassung April 2009) bewertet.

Das Schulgebäude unterliegt mit seinen Unterrichtsräumen grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der Versammlungsstättenverordnung. Auch die geplante zentrale Halle als Veranstaltungsraum wird bestimmungsgemäß regelmäßig nicht durch mehr als 200 Personen genutzt. Auch sind keine Rettungswege für gemeinsam mehr als 200 Personen in diesen oder anderen Bereichen vorgesehen. Der Anwendungsbereich der Versammlungsstättenverordnung wird demnach nicht eröffnet. Der zentrale Veranstaltungsraum wird jedoch bestimmungsgemäß durch mehr als 100 Personen nutzbar sein.

Daher wird der Tatbestand des § 2 (4) 6. LBO S-H (Gebäude mit Räumen, die einzeln für die Nutzung durch mehr als 100 Personen bestimmt sind) erfüllt.

## 2.6 Schutzziele

Schutzziele des Brandschutzkonzeptes sind nach § 3 LBO „Allgemeine Anforderungen“ und § 14 LBO „Brandschutz“ definiert. Die allgemeinen Schutzziele in diesem Brandschutzkonzept sind:

- Vorbeugen gegen Brandentstehung
- Vorbeugen gegen Brandausbreitung
- gesicherte Möglichkeit der Menschenrettung
- Möglichkeit wirksamer Löscharbeiten

Das für dieses Brandschutzkonzept festgelegte objektbezogene Schutzziel ist die Personenrettung und die Sicherung der Rettungswege innerhalb des Gebäudes sowie die Möglichkeit von wirksamen Löscharbeiten durch die Einsatzkräfte der Feuerwehr. Der Sachschutz spielt eine untergeordnete Rolle und ist nicht Gegenstand dieses Konzeptes. Hierbei liegt der Fokus klar auf der Sicherstellung der Selbstrettungsmöglichkeit. Als Schutzziel wird definiert, dass die geplante abgeschlossene Räumung des Gebäudes im Gefahrenfall vor Eintreffen der Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes stattgefunden haben muss.

Keine Berücksichtigung in diesem Brandschutzkonzept finden weiterhin versicherungstechnische oder arbeitsschutzrechtliche Anforderungen. Etwaige Abweichungen von versicherungstechnischen Vorschriften oder der Arbeitsstättenverordnung oder der zugehörigen –richtlinien sind gesondert bei der zuständigen Stelle oder Behörde zu beantragen. Auch jegliche vorsätzliche Handlung Dritter (z.B. durch Brandstiftung), die zum Schaden des Objektes und der Personen im Gebäude führen könnten, werden nicht betrachtet. Der Unterzeichner unterstellt den verantwortlichen Betreibern und Nutzern des Gebäudes ein pflicht- und sachgemäßes Handeln, welches auch eine Instandhaltung der vorhandenen brandschutztechnischen Einrichtungen beinhaltet.



## 2.7 Risikoanalyse

Als Brandlasten befinden sich überwiegend brennbare feste Stoffe in dem Gebäude. In den Räumen befinden sich das für einen Schulbetrieb notwendige Mobiliar, wie Tische, Stühle, Lehrausstattung, Garderoben- und Sanitärbereiche. Weiterhin sind elektrische Leitungen, die zum Betreiben der Stromversorgung und Sicherheitseinrichtungen notwendig sind, sowie Rohrleitungen in dem Objekt vorhanden. Als mögliche Zündquellen seien hier die elektrischen Brandgefahren, als Folge eines Defektes eines elektrischen Betriebsmittels oder der Elektroinstallation genannt. Durch die Betreuung unterliegen die Räumlichkeiten einer ständigen Aufsicht. Innerhalb der Bewegungsflächen sind Brandlasten wie Jacken, Schuhe und ähnliche Alltagsgegenstände auf Grund der ständigen Aufsicht als unbedenklich zu betrachten. Ortsveränderliche Verbraucher sind nach Betriebsschluss vom Netz zu trennen, dadurch werden die Gefahren möglicher Zündquellen reduziert. Diese Handlungsanweisungen sind in der Brandschutzordnung für die Mensa aufzunehmen. Die erforderlichen Maßnahmen zur Verringerung des Brandentstehungsrisikos und zur Minimierung von Brandgefahren setzen sich aus den im Folgenden aufgeführten baulichen, anlagentechnischen und organisatorischen Maßnahmen zusammen. Darüber hinaus wird unterstellt, dass jeder Mitarbeiter/in gemäß dem Arbeitsschutzgesetz regelmäßig in der Handhabung von Feuerlöschern und dem richtigen Verhalten im Brandfall sowie der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und berufsgenossenschaftlichen Regelungen ausgebildet und der Gefahr einer möglichen Brandentstehung und Brandausbreitung somit betrieblich vorgebeugt wird.

Das hier geplante offene Schulkonzept, ohne Ausbildung von notwendigen Fluren zur Erschließung der Unterrichtsräume und sonstigen Räume der Schule, stellt aktuell noch einen konzeptionell alternativen Ansatz gegenüber der Muster-Schulbaurichtlinie dar, ist jedoch ein Vorgriff auf die derzeit in Anhörung befindliche neue Muster-Schulbaurichtlinie, welche offene Lernbereiche grundsätzlich zulässt. Ein wesentliches Kriterium ist, neben der Größe von zusammenhängenden Lernbereichen, die Sichtbeziehung innerhalb dieser zwischen den eigentlichen Unterrichtsräumen und den Differenzierungs- und Verkehrsbereichen.

Das vorliegende Brandschutzkonzept geht auf die spezifischen Anforderungen aufgrund der geplanten offenen Lernbereiche ein und berücksichtigt entsprechend erforderliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Rettungswege innerhalb dieser zusammenhängenden Bereiche.

### 3 Baulicher Brandschutz

#### 3.1 Zugänglichkeit der baulichen Anlage

Das geplante Grundstück befindet sich am süd-östlichen Ortsrand von Wanderup im Kreis Schleswig-Flensburg. Bei dem Grundstück handelt es sich um ein bereits bebautes Schulgelände. Das am geplanten Bauplatz bestehende Gebäude wird zurückgebaut. Der Neubau wird freistehend in die entstehende Baulücke gesetzt. Der Schulbau wird über bestehende Zuwegungen von der Tarper Straße aus erschlossen. Der Hauptzugang des Neubaus erfolgt auf seiner Nordseite. Das Gebäude erhält eine flächendeckende Brandwarnanlage ohne Feuerwehrperipherie. Es besteht außerhalb der Betriebszeiten des Schulbaus kein gewaltfreier Zugang zum Gebäude. Die Erschließung des Grundstücks und des Neubaus kann dennoch als gesichert bewertet werden.



#### 3.2 Tragende Wände und Stützen

Nach Punkt 2.1 der MSchulbauR sind die tragenden und aussteifenden Bauteile bei Gebäuden mit einer Höhe bis zu 7 m in feuerhemmender Bauweise auszubilden. Das Gebäude weist im Obergeschoss eine Fussbodenhöhe über dem umgebenden Gelände von 3,745 m auf. Die tragenden und aussteifenden Bauteile von Gebäuden der Gebäudeklasse 3 müssen ebenfalls feuerhemmend ausgebildet werden. Die tragenden und aussteifenden Wände und Stützen sind in Holzskellettbauweise geplant. Diese werden entsprechend Eurocode 5 so dimensioniert, dass die Anforderung feuerhemmend für die tragenden und aussteifenden Bauteile erfüllt wird. Die Anforderungen der Landesbauordnung und der Muster-Schulbaurichtlinie werden somit erfüllt.

### 3.3 Außenwände

Nichttragende Außenwände und Außenwandbekleidungen müssen nach § 28 (1) LBO S-H so ausgebildet sein, dass eine Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen ausreichend lange begrenzt wird. Die Muster-Schulbaurichtlinie (MSchulBauR) sieht keine weitergehenden Anforderungen vor.

Der geplante Außenwandaufbau ist als Holzrahmenbaukonstruktion mit nichtbrennbaren Gefachdämmungen und einer Holzfassade aus vorvergrauten Boden-Deckel-Schalungen auf hinterlüfteter Holzunterkonstruktion vorgesehen. Die Außenwände entsprechen somit den baurechtlichen Anforderungen der Landesbauordnung für Gebäude der Gebäudeklasse 3. Im Bereich der Achse 5-6 trifft die geplante Wand anstelle einer Brandwand auf die Außenfassade. Die Fassade wird an dieser Stelle so hergestellt, vortretender Schwertanschluss mit 2 mm Blechstärke, dass keine Brandweiterleitung stattfinden kann. Alternativ kann ein 1 m breites Fassadenfeld ausgebildet werden, so dass keine brennbaren Baustoffe über die Brandwand hinweg geführt werden.

### 3.4 Brandabschnitte

Das erdgeschossige Gebäude hat eine Ausdehnung von ca. 68,2 m x 23,2 m in Ost-Westrichtung bei einer Bruttogrundfläche von ca. 1.297 m<sup>2</sup>. Auf Grund der geplanten Gebäudeausdehnung wird der Neubau zwischen Achse 5 und 6 über beide Geschosse durch eine innere Wand anstelle einer Brandwand in zwei Brandabschnitte < 60 m geteilt. Die Wand anstelle einer Brandwand wird als hochfeuerhemmendes Bauteil ausgebildet und in der Dachebene mit einer beidseitig auskragenden, 50 cm breiten hochfeuerhemmenden Platte abgeschlossen. Durchbindende lineare Bauteile werden beidseitig auf einer Länge von 50 cm brandschutztechnisch wirksam bekleidet, so dass ein Durchbrand verhindert wird. Brennbare Bauteile, mit Ausnahme der Abdichtungsbahnen, werden über diese nicht hinweggeführt. Brennbare Abdichtungen oder brennbare Substrataufbauten werden oberhalb der auskragenden Platte durch nichtbrennbare Stoffe ersetzt oder mit nichtbrennbaren Baustoffen, z.B. 5 cm Kies, abgedeckt.

Die geplanten hochfeuerhemmenden, rauchdicht- sowie selbstschließenden Öffnungsabschlüsse, welche sich im Verlauf der Rettungswege liegen, werden mit bauaufsichtlich zugelassenen Feststellanlagen versehen.

Die zulässige Ausdehnung eines Brandabschnittes von bis zu 60 m nach Abschnitt 2.2 wird abweichungsfrei eingehalten. Die vorliegende Abweichung von Abschnitt 2.2 MSchulBauR, aufgrund der lediglich hochfeuerhemmenden Ausbildung der inneren Wand anstelle einer Brandwand ohne zusätzliche mechanische Beanspruchung, wird unter 8.1 näher begründet. Die Anforderung der Landesbauordnung wird durch die vorliegende Erleichterung der MSchulBauR ebenfalls erfüllt.

Das Gebäude hält umlaufend Grenzabstände von  $\geq 2,50$  m zur Grundstücksgrenze sowie  $\geq 5,00$  m zu bestehenden Gebäuden ein. Die Ausbildung von Gebäudeabschlusswänden ist somit nicht erforderlich.

### 3.5 Trennwände

Die Lernbereiche im Bereich der Achsen 1 bis 6 und 13 bis 19 werden von der zweigeschossigen Halle durch raumabschließend feuerwiderstandsfähige Wände mit Öffnungsabschlüssen abgetrennt. Im Bereich Achse 5-6 liegt die

unter 3.4 beschriebene Wand anstelle einer Brandwand. Im Bereich der Achse 13-14 wird eine in beiden Geschossen verlaufende feuerhemmende Trennwand mit feuerhemmend, rauchdicht- sowie selbstschließendem Öffnungsabschlüssen ausgebildet. Die Trennwand wird bis an die Rohdecke im EG und die Dachdecke im OG so geführt, dass ein bauordnungsrechtlich konformer Anschluss gewährleistet ist. Die Öffnungsabschlüsse, welche sich im Verlauf der Rettungswege liegen, werden mit bauaufsichtlich zugelassenen Feststellanlagen versehen.

Weitere Trennwände sind im Erdgeschoss zur Abtrennung des Bühnen Lagers vorgesehen. Diese werden bis an die feuerhemmende Stb.-Treppenkonstruktion herangeführt. Der Öffnungsabschluss erfolgt als feuerhemmend, rauchdicht- sowie selbstschließende Tür.

Die zweigeschossige Halle wird gegen die direkt anschließenden Räume mit feststehenden Verbundsicherheitsverglasungen sowie dicht- und selbstschließenden Türen abgeschlossen. Abweichend von Abschnitt 2.4 MSchulBauR werden die anliegenden inneren Wände nicht feuerhemmend und die Öffnungsabschlüsse nicht feuerhemmend, rauchdicht- sowie selbstschließend ausgebildet. Die Begründung zur Abweichung wird unter 8.1 gesondert geführt.

Weitere Trennwände aufgrund von Sonderbauverordnungen, wie der EltBauVO oder der FeuVO S-H sind nicht erforderlich, da die entsprechenden Anwendungsbereiche nicht eröffnet werden.

### 3.6 Decken

Die Decke über dem Erdgeschoss des zweigeschossigen Schulgebäudes wird als Holzkassettendecke feuerhemmend raumabschließend ausgebildet. Die Deckenbauteile haben hierbei einen eigenen Anwendbarkeitsnachweis. Zulässige Öffnungen in der raumabschließenden Geschossdecke sind im Bereich der beiden notwendigen Treppenräume, im Bereich der Halle sowie im Bereich des Aufzugschachtes vorgesehen. Die baurechtlichen Anforderungen der Landesbauordnung und der Muster-Schulbaurichtlinie, dass raumabschließend feuerhemmende Decken ausgebildet werden müssen, werden hier abweichungsfrei eingehalten. Die Erleichterungen der MSchulBauR erfüllen die baurechtlichen Anforderungen.

### 3.7 Dächer

Gemäß LBO S-H § 32 (1) sind Dächer mit „harter Bedachung“ so auszuführen, dass sie gegen eine Beanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichen lang widerstandsfähig sind. Der geplante Flachdachaufbau mit extensivem Gründachaufbau auf Kunststoffabdichtungsbahn erfüllt die Anforderungen an eine harte Bedachung nach VV TB SH März 2025 und DIN 4102-4. Die Dachdecke wird ebenfalls als Holzkassettendecke ausgebildet. Das Tragwerk der Decke ist hierbei als feuerhemmendes Bauteil ausgelegt. Im Bereich des Anschlusses der raumabschließend feuerwiderstandsfähigen Wände im Obergeschoss werden die Anschlussbedingungen an die feuerhemmende Dachdecke entsprechend der Einbaubedingungen der Wände berücksichtigt und eingehalten.

Auf der Gründachfläche ist zudem eine Photovoltaikanlage geplant, welche entsprechende Abstandsregelungen im Bereich der inneren Wand anstelle einer Brandwand von beidseitig 1,25 m einhalten muss, da die innere Wand nicht über Dach geführt wird.

### 3.8 Erster und zweiter Rettungsweg

Für jeden Unterrichtsraum müssen in demselben Geschoss mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege zu Ausgängen ins Freie oder zu notwendigen Treppenräumen vorhanden sein. Einer der beiden Rettungswege nach Nummer 3.1 darf durch eine Halle führen; diese Halle darf nicht als Raum zwischen einem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie dienen. Die nutzbare Breite der Ausgänge von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen sowie der notwendigen Treppen muss mindestens 1,20 m je 200 darauf angewiesener Benutzer betragen. Staffelungen sind nur in Schritten von 0,60 m zulässig. Es muss jedoch mindestens folgende nutzbare Breite vorhanden sein bei

- Ausgängen von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen 0,90 m
- notwendigen Treppen 1,20 m.

Die erforderliche nutzbare Breite der notwendigen Treppen darf durch offenstehende Türen, Einbauten oder Einrichtungen nicht eingeengt werden. Ausgänge zu notwendigen Treppenräumen dürfen nicht breiter sein als die notwendige Treppe. Ausgänge aus notwendigen Treppenräumen müssen mindestens so breit sein wie die notwendige Treppe. An den Ausgängen zu notwendigen Treppenräumen oder ins Freie müssen Sicherheitszeichen angebracht sein.

Ein zweiter Rettungsweg ist nach § 33 (1) LBO S-H für eingeschossige, zu ebener Erde liegende Nutzungseinheiten nicht erforderlich, wenn im Brandfall die Rettung über einen direkten Ausgang ins Freie möglich ist. Die Rettungswegführung wird in beiden Geschossen grundsätzlich baulich ausgebildet. Eine Rettungswegführung über anleiterbare Stellen ist nicht vorgesehen.

Im Erdgeschoss führt der erste Rettungsweg aus den Aufenthaltsräumen innerhalb von 35 m über die geplanten direkten Ausgänge ins Freie und den notwendigen Treppenraum TR2 mit seinem Ausgang ins Freie. Der zweite Rettungsweg führt über weitere Ausgänge ins Freie sowie die brandschutztechnisch abgetrennte Halle und deren Ausgänge ins Freie. Für die Verwaltungsräume wird zudem ein zweiter Rettungsweg über den westlichen Lernbereich mit seinem Ausgang ins Freie geführt. Für den Musikraum wird ein Bypass als zweiter Rettungsweg in den östlichen Lernbereich mit seinen weiterführenden Rettungswegen.

Im Obergeschoss führt der erste Rettungsweg aus den Lernbereichen über die zugeordneten Treppenräume TR1 und TR2 mit ihren Ausgängen ins Freie im EG. Der erste Rettungsweg aus der Halle und die hier direkt anliegenden Räume führt über die notwendige Treppe innerhalb der Halle. Die zweiten Rettungswege aus den Aufenthaltsräumen und den Lernbereichen werden über die brandschutztechnisch abgetrennten, benachbarten Bereiche mit ihren notwendigen Treppen und Treppenräumen geführt. Hierbei werden für die direkt an der Halle anliegenden Aufenthaltsräume Bypass-Wege, welche mit einer Mindestbreite von 90 cm im Verlauf ständig freigehalten werden, zu den anschließenden Bereichen geführt, so dass eine Unabhängigkeit zur offenen zweigeschossigen Halle gewährleistet werden kann. Hierbei wird der Fokus auf eine ausreichende Unabhängigkeit im Zusammenhang mit einer möglichen beginnenden Verrauchung der Wege in der Halle gelegt, da dies für eine beginnende Räumungseinleitung das notwendige Mindestschutzziel darstellt. Die maximale Rettungsweglänge bis zu einem Treppenraumzugang beträgt, auch im Bereich der Bypassführungen im Obergeschoss, nicht mehr als 35 m. Aus der Halle heraus werden die anschließenden Lernbereiche innerhalb von 15 m erreicht. Die nutzbaren Rettungswegbreiten betragen an allen Stellen mindestens 90 cm im Lichten. Die Zugänge zu den notwendigen Treppenräumen und die Ausgänge ins Freie werden 1,20 m im Lichten breit sein.

### 3.9 Notwendige Treppen und notwendige Treppenräume

Im Neubau der OGS werden drei notwendige Treppen errichtet. Die notwendigen Treppen auf den beiden Gebäudeenden im Osten und Westen werden jeweils innerhalb eines notwendigen Treppenraums geführt. Die notwendige Treppe innerhalb der zweigeschossigen Halle wird ohne notwendigen Treppenraum ausgebildet. Die vorliegende, vom § 35 (1) LBO S-H abweichende Ausführung wird durch die Erleichterung der MSchulBauR in deren Abschnitt 3.2 begründet. Die tragenden Teile der notwendigen Treppen werden aus Stahlbeton konstruiert und können als feuerhemmend und nichtbrennbar eingestuft werden. Die Gehbeläge werden mindestens schwerentflammbar ausgebildet. Die Oberflächen der Wände und Decken in den notwendigen Treppenräumen werden nichtbrennbar gehalten.

Die beiden notwendigen Treppenräume führen in einem Zuge zu dem abgeschlossenen Obergeschoss und erhalten jeweils einen direkten Ausgang ins Freie im EG, welcher im Brandfall nicht durch benachbarte Räume gefährdet werden.

Die lichte Breite der notwendigen Treppen wird mit 1,20 m im Lichten vorgesehen. Die Wände der notwendigen Treppenräume werden als raumabschließend feuerhemmende Bauteile massiv in Stahlbetonbauweise errichtet. Die oberen Abschlüsse der Treppenräume werden als Stb.-Dachdecken ausgeführt, so dass auch hier die baurechtlichen Anforderungen an feuerhemmende Bauteile erfüllt werden. Die Öffnungsabschlüsse zu den Treppenräumen werden in beiden Geschossen durch feuerhemmende, rauchdicht- sowie selbstschließende Türen mit feststehenden Seitenteilen realisiert. Die lichte Breite der Elemente beträgt hierbei mehr als 2,50 m. Die vorliegende Abweichung vom § 35 (6) LBO S-H wird unter 8.1 gesondert begründet.

### 3.10 Notwendige Flure

Es werden keine notwendigen Flure im Neubau ausgebildet. Die vorliegende Abweichung vom § 36 (4) LBO S-H wird unter 8.1 gesondert begründet.

### 3.11 Aufzugsanlage

Innerhalb des Neubaus wird eine Personenaufzugsanlage in einem eigenen feuerhemmenden Aufzugsschacht ausgebildet. Die Schachttüren werden als geprüfte E30-Abschlüsse nach DIN EN 81-58 ausgeführt. An oberster Stelle des feuerhemmenden Schachtab schlusses wird eine Rauchableitöffnung mit mindestens 2,5% der Schachtgrundfläche vorgesehen. Diese Öffnung darf einen Abschluss haben, der im Brandfall selbsttätig öffnet und von mindestens einer geeigneten Stelle aus bedient werden kann. Die Lage der Rauchaustrittsöffnungen muss so gewählt werden, dass der Rauchaustritt durch Windeinfluss nicht beeinträchtigt wird. Der Aufzug wird mit einem Hinweis gekennzeichnet, dass dieser im Brandfall nicht zu benutzen ist und erhält eine statische Evakuierungsfahrt ins EG, welche über die Alarmierungsanlage und die Aufzugssteuerung geregelt wird.



## 4 Anlagentechnischer Brandschutz

### 4.1 Sicherheitsbeleuchtung und Rettungswegkennzeichnung

Für das geplante Schulgebäude wird eine Sicherheitsbeleuchtungsanlage vorgesehen. Für die Ausführung gilt die DIN VDE 0108-100 (VDE 0108-100):2024-10:

- Umschaltzeit - 15 Sekunden
- Betriebsdauer - Mind. 1 Stunden
- Mindestbeleuchtungsstärke auf den gemeinsamen Hauptfluchtwegen – 1 Lux

Aus sachverständiger Sicht bestehen hierbei keine Bedenken gegen die Ausführung mit dezentralen 24V-Gruppensystemen. Für Elektrische Betriebsräume, die nur der Aufstellung von verschlossenen Batterien mit einer Gesamtkapazität von maximal 20 kWh dienen, kann abweichend von Satz 2 auf eine Lüftung verzichtet werden. Abweichend von der VVTB S-H wird hier die M-EltBauVO, aktueller Stand, angesetzt, da die M-EltbauVO in absehbarer Zeit ebenfalls in S-H bauaufsichtlich eingeführt wird. Die Möglichkeit der formalen Abweichung ist durch die Oberste Bauaufsicht bestätigt. Es bestehen somit keine Anforderungen an die ausgeführten Lüftungsleitungen, wenn diese als zentrale Anlage 20 kWh nicht überschreiten und als dezentrale Anlagen 2 kWh nicht überschreiten. In diesem Fall bestehen auch keine Anforderungen an den Aufstellort außerhalb von notwendigen Treppenträumen. Die vorliegende Abweichung von der VVTB S-H wird unter 8.1 begründet. Die Kennzeichnung der Rettungswege und Notausgänge aus den Aufenthaltsräumen wird an den Türen, über welche Rettungswege verlaufen, durch hinterleuchtete Rettungswegpiktogramme nach DIN ISO 7010 und DIN 4844-2 im Dauerbetrieb ausgestattet. Die Rettungswegpiktogrammeleuchten werden über die oben beschriebenen Sicherheitsbeleuchtungssysteme versorgt.

### 4.2 Alarmierungseinrichtungen

Zur Erfüllung des Schutzzieles der Menschenrettung durch frühzeitige Warnung von anwesenden Personen vor Gefahrensituationen wird das Gebäude mit einer Alarmierungsanlage mit örtlicher Warnung von Personen (Brandwarnanlage nach DIN V VDE 0826-2) ausgestattet. Die Ausstattung der Alarmierungsanlage erfolgt mit automatischen Brandmeldern der Kenngröße Rauch und nichtautomatischen Handfeuermeldern (Gehäusefarbe blau).

Für die Ausführung der Alarmierungsanlage gilt die VDE 0833-2 in der derzeit gültigen Fassung. Zulässige Ausnahmen vom Überwachungsumfang müssen nach 6.1.3.2 VDE 0833-2 begründet sein und alle aufgeführten Kriterien erfüllen.

Die Alarmierungszentrale ist im Bereich des Lehrerzimmers zu installieren. An dieser Stelle wird eine Meldung mit klar verständlichen Informationen angezeigt. Eine externe Weiterleitung zu einer ständig besetzten, hilfeleistenden Stelle ist aus sachverständiger Sicht nicht erforderlich. Die akustische Alarmierung muss einen Lärmpegel von 75 dB(A) in allen Aufenthaltsbereichen erreichen. Eine Alarmierung über DIN-Ton ist ausreichend. Die Alarmierungsanlage ist durch eine Fachfirma zu projektieren, zu errichten und instand zu halten. Bei Auslösung der Alarmierungsanlage müssen zentrale Lüftungsgeräte abgeschaltet werden, die Evakuierungsfahrt des Aufzuges ausgelöst werden sowie die akustischen Signalgeber der Alarmierungsanlage aktiviert werden. Vor Inbetriebnahme muss eine Prüfung durch einen Sachverständigen für Elektrotechnik erfolgen, welche die Betriebssicherheit und Wirksamkeit bestätigt.

### 4.3 Einrichtungen zur Rauchableitung

In allen Aufenthaltsräumen sind für die Belüftung ausreichend große Öffnungen vorhanden, diese erfüllen somit die Anforderungen der LBO S.-H. (§ 47).

### 4.4 Sicherheitsstromversorgung und Funktionserhalt

Für die geplante Containeranlage wird die Sicherheitsstromversorgung wie folgt realisiert:

- Hinterleuchtete Rettungswegkennzeichnung (Einzelbatteriesystem)
- Hausalarmanlage, eigene Batterie

Es bestehen aufgrund der Art der Ausführungen keine Anforderungen an den Funktionserhalt der Leitungsanlagen.

### 4.5 Leitungs- und Lüftungsanlagen

Die MLAR 2015, zuletzt geändert 03.09.2020, und die MLüAR 2005, geändert 03.09.2020, als eingeführte technische Baubestimmungen der VVTB S.-H. sind zwingend umzusetzen, zu Ausführungen können die Kommentare / Lippe MLAR und MLüAR herangezogen werden. Aufgrund der eingeschossigen Bauweise und der Größe der Nutzungseinheit von weniger als 400 m<sup>2</sup> sowie der Tatsache, dass keine Trennwände ausgebildet werden, bestehen keine Anforderungen an die Leitungsführungen, Leitungsdurchdringungen oder die Brennbarkeit von Isolierungen oder Leitungsoberflächen in den Räumen.

### 4.6 Blitz- und Überspannungsschutz

Das Gebäude ist nach § 46 LBO S-H mit einer Blitzschutzanlage nach DIN EN 62305-2 (VDE 0185-305-2) auszustatten. Der genaue Umfang der erforderlichen Blitzschutzmaßnahmen sowie der Blitzschutzklasse sind durch einen Fachplaner zu definieren.



## 5 Abwehrender Brandschutz

### 5.1 Löschwasserversorgung

Gemäß § 2 BrSchG haben die Gemeinden für eine ausreichende Löschwasserversorgung zu sorgen. Bauliche Anlagen müssen so beschaffen sein, dass wirksame Löscharbeiten möglich sind. Der erforderliche Löschwasserbedarf wird für das eingeschossige Gebäude mit 48 m<sup>3</sup>/h über zwei Stunden entsprechend dem DVGW Arbeitsblatt W 405 festgelegt. Der erforderliche Löschwasserbedarf wird über die vorhandenen Unterflurhydranten in den angrenzenden Straßen und den in der Nähe befindlichen Überflurhydranten im Umkreis < 300 m über die Zeit von 2 Stunden gewährleistet. Der erforderliche Löschwasserbedarf ist aus sachverständiger Sicht gesichert. Ein aktueller Löschwassernachweis des Versorgers wird noch vor Nutzungsaufnahme nachgereicht.

### 5.2 Löscheinrichtungen

Handfeuerlöscher sind gemäß DIN EN 3 gut sichtbar und jederzeit nutzungsfähig anzubringen. Feuerlöscher sollten nur so hoch über dem Fußboden angeordnet sein, dass auch kleinere Personen diese ohne Schwierigkeiten aus der Halterung entnehmen können. Als zweckmäßig hat sich eine Griffhöhe von 80 bis 120 cm erwiesen.

Die Art und die Anzahl der Feuerlöscher sind gemäß der BG-Regel „Regeln für die Ausrüstung von Arbeitsstätten mit Feuerlöschern“ ASR 2.2 festzulegen. Bei der Beschaffung der erforderlichen Feuerlöscher ist darauf zu achten, dass sie für die erforderlichen Brandgefährdungen geeignet sind. Neben der Eignung des Feuerlöschers sollte das verwendete Löschmittel den evtl. ungeübten Mitarbeiter oder sonstigen Person entgegenkommen und keine „psychologische Hemmschwelle“ gegenüber des Löschmittels aufkommen lassen (z.B. durch die Pulverwolke beim Einsatz von Pulverlöschern).

Für die Festlegung des Bedarfs an Feuerlöschern in dem Mensaneubau wird bei der Annahme einer normalen Brandgefährdung die Anzahl der Löschmitteleinheiten gemäß ASR 2.2 für eine Gesamtgrundfläche bis 388 m<sup>2</sup> mit 18 Löschmitteleinheiten (2 Handfeuerlöscher je 9 LE) mit dem Löschmittel Schaum für die Brandklassen A und B (siehe Eintragungen im Grundriss) festgelegt. Der Anbringungsort der Feuerwehlöscher ist mit Hinweisschildern nach DIN EN ISO 7010 zu kennzeichnen.

### 5.3 Flächen für die Feuerwehr

Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge der Feuerwehr sind für die Menschenrettung nicht erforderlich. Bewegungsflächen und Bereitstellungsflächen für die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr stehen auf der öffentlichen Straße in weniger als 50 m Entfernung in ausreichender Größe zur Verfügung.

## **6 Organisatorischer Brandschutz**

Der organisatorische Brandschutz hat insbesondere in der Anfangsphase, vor Eintreffen der Feuerwehr, einen hohen Stellenwert für die Betriebssicherheit eines Gebäudes. Die Mitarbeiter müssen in der Lage sein, Gefahren rechtzeitig zu erkennen, ggf. einen Löschversuch zu unternehmen und anschließend die Schüler und sich in Sicherheit zu bringen und auf dem vorgesehenen Sammelplatz (Sportplatz) einzufinden.

### **6.1 Brandschutzordnung**

Für das Schulgebäude ist eine Brandschutzordnung Teil A bis C nach DIN 14096 vorzuhalten. Bei der Aufstellungen der Brandschutzordnung Teil A sind die in der ASR 1.3, der DIN EN ISO 7010 enthaltenen graphischen Symbole zu verwenden. Die Brandschutzordnung Teil A ist im Lehrerzimmer auszuhängen. In der Brandschutzordnung ist insbesondere auf die spezifische Rettungswegführung über die Bypässe einzugehen und deren Freihaltung. Die Rettungswegführung muss in regelmäßig wiederkehrenden Räumungsübungen mindesten 1 mal jährlich erprobt und dokumentiert werden.

### **6.2 Flucht- und Rettungspläne**

Für das neue Schulgebäude werden Flucht- und Rettungspläne nach DIN ISO 23601:2020 erstellt und lagerichtig vor Ort ausgehängt.

### **6.3 Feuerwehrpläne**

Aufgrund des übersichtlichen Gebäudeaufbaus und ortskundiger Personen und der internen Alarmierung der Nutzer durch die Alarmierungsanlage ohne Aufschaltung auf die Feuerwehr wird auf die Erstellung von Feuerwehrplänen verzichtet

### **6.4 Unterweisung von Mitarbeitern**

Die Mitarbeiter sind bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach in Abständen von einem Jahren über die Lage und die Bedienung der Feuerlöschgeräte und sonstigen Brandschutzeinrichtungen sowie über die Brandschutzordnung zu belehren. Darüber hinaus sind die §§ 10 und 12 des Arbeitsschutzgesetzes zu beachten.

## **7 Allgemeines**

### **7.1 Brandschutz in der Bauphase**

Einen hohen Stellenwert ist auf den Brandschutz in der Bauphase zu legen, da in dieser Phase eines Gebäudes bauliche und brandschutztechnische Einrichtungen noch nicht fertiggestellt sind und dennoch viele Brandlasten in einem im Bau befindlichen Objekt vorhanden sein können. Durch die für die Baumaßnahmen verantwortlichen Personen sind entsprechende Gefährdungsanalysen zu erstellen und die entsprechend notwendigen Maßnahmen zu treffen / zu koordinieren.

## 7.2 Nutzungsänderung

Bei Änderungen von Nutzungen oder der Art und Weise der genehmigten Nutzungen ist zu prüfen, ob die vorhandenen brandschutztechnischen Anforderungen und Einrichtungen den neuen Nutzungsanforderungen genügen. Nutzungsänderungen sind mit der zuständigen Brandschutzdienststelle bzw. der zuständigen Bauaufsichtsbehörde sowie ggf. dem Sachversicherer abzustimmen. Es ist die Verpflichtung des Betreibers eine Änderung der ursprünglich genehmigten Nutzung den Genehmigungsbehörden anzuzeigen.

## 7.3 Verwendbarkeitsnachweise / Fachunternehmererklärung

Spätestens zur Schlussabnahme durch die Genehmigungsbehörde (Bauzustandsbesichtigung) müssen die Fachunternehmer die Übereinstimmungen der Baumaterialien und die entsprechenden Ausführungen mit den jeweiligen Zulassungen und Prüfzeugnissen oder Prüfnormen für alle brandschutztechnisch relevanten Bauarten und Bauteile nachweisen. Die erforderlichen Ver- und Anwendbarkeitsnachweise und Fachunternehmererklärungen sind bei der Bauzustandsbesichtigung unaufgefordert vorzulegen.

## 7.4 Sicherheitstechnische Prüfungen

Die Prüfungen für alle technischen Anlagen und Einrichtungen sind gemäß den Prüfvorschriften und technischen Regeln vorzunehmen und entsprechend fortzuschreiben. Die Prüfergebnisse sind zu dokumentieren und auf Verlangen den jeweiligen Genehmigungsbehörden vorzulegen. Die folgenden sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen müssen zur Inbetriebnahme und wiederkehrend alle 3 Jahre geprüft werden:

- Sicherheitsbeleuchtung und hinterleuchtete Rettungswegkennzeichnung (Prüfsachverständigenprüfung, PrüfVO)
- Sicherheitsstromversorgung (Prüfsachverständigenprüfung, PrüfVO)
- Zentrale Lüftungsanlagen (Prüfsachverständigenprüfung, PrüfVO)
- Dezentrale Lüftungsanlagen (Sachkundigenprüfung)
- Rauchabzugsanlagen (Sachkundigenprüfung)
- Aufzugsanlage (Sachverständigenprüfung)
- Alarmierungsanlage (Prüfung durch Sachverständigen für Elektrotechnik)

## 7.5 Instandhaltung

Sämtliche Brandschutzeinrichtungen sind in Stand zu halten. Sie sind in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, zu warten und ggf. in Stand zu setzen. Mängel sind unverzüglich abzustellen.

## **8 Zusammenfassung**

### **8.1 Abweichungen**

Es wurden folgende Abweichungen im Sinne des § 67 LBO S-H festgestellt:

#### **Abschnitt 3.4 Brandabschnitte - Abweichung von Abschnitt 2.2 MSchulBauR nach § 67 LBO S-H**

Die Wand anstelle einer Brandwand wird als hochfeuerhemmendes Bauteil ausgebildet und in der Dachebene mit einer beidseitig auskragenden, 50 cm breiten hochfeuerhemmenden Platte abgeschlossen. Die Wand wird lediglich hochfeuerhemmend ohne zusätzliche mechanische Beanspruchung ausgebildet, um eine Holzbauweise zu ermöglichen.

##### **Begründung**

Die zulässige Ausdehnung eines Brandabschnittes von bis zu 60 m nach Abschnitt 2.2 wird abweichungsfrei eingehalten. Die Anforderung der Landesbauordnung wird durch die vorliegende Erleichterung der MSchulBauR ebenfalls erfüllt. Die Alarmierungsanlage mit zusätzlichen automatischen Rauchmeldern ermöglicht eine frühzeitige Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehr durch die Nutzer, da Brände frühzeitig erkannt werden.

#### **Abschnitt 3.5 Trennwände - Abweichung von Abschnitt 2.4 MSchulBauR nach § 67 LBO S-H**

Die zweigeschossige Halle wird gegen die direkt anschließenden Räume mit feststehenden Verbundsicherheitsverglasungen sowie dicht- und selbstschließenden Türen abgeschlossen. Abweichend von Abschnitt 2.4 MSchulBauR werden die anliegenden inneren Wände nicht feuerhemmend und die Öffnungsabschlüsse nicht feuerhemmend, rauchdicht- sowie selbstschließend ausgebildet.

##### **Begründung**

Die Alarmierungsanlage mit zusätzlichen automatischen Rauchmeldern ermöglicht eine frühzeitige Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehr durch die Nutzer, da Brände frühzeitig erkannt werden. Durch die geplante Rettungswegführung über zusätzliche Bypässe, welche unabhängig von der Halle durch die anliegenden Räume verlaufen, und die erreichbare kurze Räumungszeit von nur wenigen Minuten bestehen keine Gefährdungen für die Nutzer aufgrund der verminderten Bauteilanforderungen. Die geplanten Sichtverbindungen zwischen den Bereichen gewährleisten zudem ein sehr frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen.

#### **Abschnitt 3.9 Notwendige Treppen - Abweichung von § 35 (1) LBO S-H nach § 67 LBO S-H**

Die notwendige Treppe innerhalb der zweigeschossigen Halle wird ohne notwendigen Treppenraum ausgebildet.

##### **Begründung**

Die vorliegende abweichende Ausführung wird durch die Erleichterung der MSchulBauR in deren Abschnitt 3.2 begründet. Die tragenden Teile der notwendigen Treppen werden aus Stahlbeton konstruiert und können als feuerhemmend und nichtbrennbar eingestuft werden. Die Alarmierungsanlage mit zusätzlichen automatischen Rauchmeldern ermöglicht eine frühzeitige Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehr durch die Nutzer, da Brände frühzeitig erkannt werden.

### **Abschnitt 3.10 Notwendige Flure - Abweichung von § 36 (4) LBO S-H nach § 67 LBO S-H**

Es werden keine notwendigen Flure im Neubau ausgebildet.

#### **Begründung**

Die Alarmierungsanlage mit zusätzlichen automatischen Rauchmeldern ermöglicht eine frühzeitige Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehr durch die Nutzer, da Brände frühzeitig erkannt werden. Das hier geplante offene Schulkonzept, ohne Ausbildung von notwendigen Fluren zur Erschließung der Unterrichtsräume und sonstigen Räume der Schule, stellt aktuell noch einen konzeptionell alternativen Ansatz gegenüber der Muster-Schulbaurichtlinie dar, ist jedoch ein Vorgriff auf die derzeit in Anhörung befindliche neue Muster-Schulbaurichtlinie, welche offene Lernbereiche grundsätzlich zulässt. Ein wesentliches Kriterium ist, neben der Größe von zusammenhängenden Lernbereichen, die Sichtbeziehung innerhalb dieser zwischen den eigentlichen Unterrichtsräumen und den Differenzierungs- und Verkehrsbereichen.

### **Abschnitt 4.1 Sicherheitsbeleuchtung - Abweichung von § 7 EltBauVO S-H nach § 67 LBO S-H**

An den Raum und die Lüftung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage wird keine Anforderung gestellt, wenn diese die erleichternden Anforderungen der M-EltBauVO erfüllen.

#### **Begründung**

Für Elektrische Betriebsräume, die nur der Aufstellung von verschlossenen Batterien mit einer Gesamtkapazität von maximal 20 kWh dienen, kann abweichend von Satz 2 auf eine Lüftung verzichtet werden. Abweichend von der VVTB S-H wird hier die M-EltBauVO, aktueller Stand, angesetzt, da die M-EltbauVO in absehbarer Zeit ebenfalls in S-H bauaufsichtlich eingeführt wird. Die Möglichkeit der formalen Abweichung ist durch die Oberste Bauaufsicht bestätigt. Es bestehen somit keine Anforderungen an die ausgeführten Lüftungsleitungen, wenn diese als zentrale Anlage 20 kWh nicht überschreiten und als dezentrale Anlagen 2 kWh nicht überschreiten. In diesem Fall bestehen auch keine Anforderungen an den Aufstellort außerhalb von notwendigen Treppenträumen.

## **8.2 Fachbauleitung Brandschutz**

Die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes muss im Zuge der Baumaßnahme überwacht werden. Die konforme Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzeptes muss zur Anzeige der Fertigstellung bestätigt werden.

## **8.3 Erklärung des Konzepterstellers**

Das vorliegende Brandschutzkonzept wurde nach bestem Wissen und mit den derzeitigen Erkenntnissen aus Brandschutztechnik und Bauordnungsrecht ohne Ansehen der Person des Auftraggebers erstellt.

Aus sachverständiger Sicht bestehen keine Bedenken hinsichtlich des Brandschutzes gegen die Ausführung der beschriebenen Baumaßnahmen.

## 8.4 Urheberrecht, Einzelfallbetrachtung

Wir weisen darauf hin, dass es sich bei diesem Brandschutzkonzept um eine objektbezogene Sonderlösung handelt, wobei die Schutzziele erreicht werden. Eine Übertragbarkeit auf andere, auch scheinbar ähnliche Fälle, ist grundsätzlich nicht möglich.

Die Ausführungen des Konzepterstellers in Bezug auf betriebliche Gegebenheiten und Handhabungen sind immer zum Zeitpunkt der Begutachtung dargelegt. Für die zukünftige Einhaltung ist der Betreiber verantwortlich.

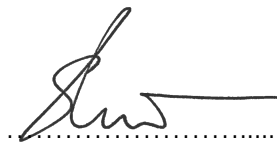
Es ist zu beachten, dass spätere Veränderungen an dem Bauwerk oder an der Nutzung eine kritische Überprüfung des Brandschutzkonzeptes erforderlich machen.

Die Anwendung dieses Brandschutzkonzeptes ist für den Nutzer mit einer entsprechenden Verantwortung verbunden.

Die gutachterlichen Ausführungen des Konzepterstellers ersetzen nicht die baurechtlichen Entscheidungen der Bauaufsichtsbehörde. Sie dienen als grundlegende Entscheidungshilfe für weitere Genehmigungen.

Dieses Brandschutzkonzept ist urheberrechtlich geschützt und bezieht sich ausschließlich auf die in diesem Nachweis betrachteten Objekte und darf ohne vorherige Zustimmung weder kopiert, vervielfältigt oder an Dritte zur Einsichtnahme und/oder zum Verbleib weitergegeben werden.

AUFGESTELLT: Lübeck, 12.11.2025



Dipl.-Ing. Architekt Ronnie Schmidt  
Sachverständiger für vorbeugenden Brandschutz (EIPOS)  
Assmann Schmidt Ingenieure





**WASSERVERBAND  
NORD**

Wasserverband Nord · Wanderuper Weg 23 · 24988 Oeversee

Assmann Schmidt Ingenieure  
Sachverständigenbüro für vorbeugenden Brandschutz  
Sandstr. 18  
23552 Lübeck

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Unser Zeichen: hm-Kw  
Unsere Nachricht vom:  
Ansprechpartner: Herr Magnussen  
Telefon: 04638 8955-221  
Telefax: 04638 8955-555  
E-Mail: h.magnussen@wv-nord.de

Service-Zeiten  
Mo-Do 08:30 – 12:30 und 13:30 – 16:00 Uhr  
Freitag 08:30 – 12:00 Uhr

Datum: 19.11.2025

### Durchflussmengenmessung für die Gemeinde Wanderup, Tarper Str.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns beauftragt, eine Durchflussmengenmessung an einem Hydranten in der Gemeinde Wanderup, Tarper Str. durchzuführen. Wir haben folgende Abgabemenge ermittelt:

➤ Hydrant Nr. 19052: 102 m³/h

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass dieser Wert eine Momentaufnahme ist, der einzeln gemessen wurde und je nach Wasserdurchfluss schwanken kann. Grundsätzlich ist die Gemeinde, nicht der Wasserverband Nord, für die Löschwasserversorgung zuständig.

Bei Fragen stehen wir Ihnen unter der o. g. Rufnummer zur Verfügung.

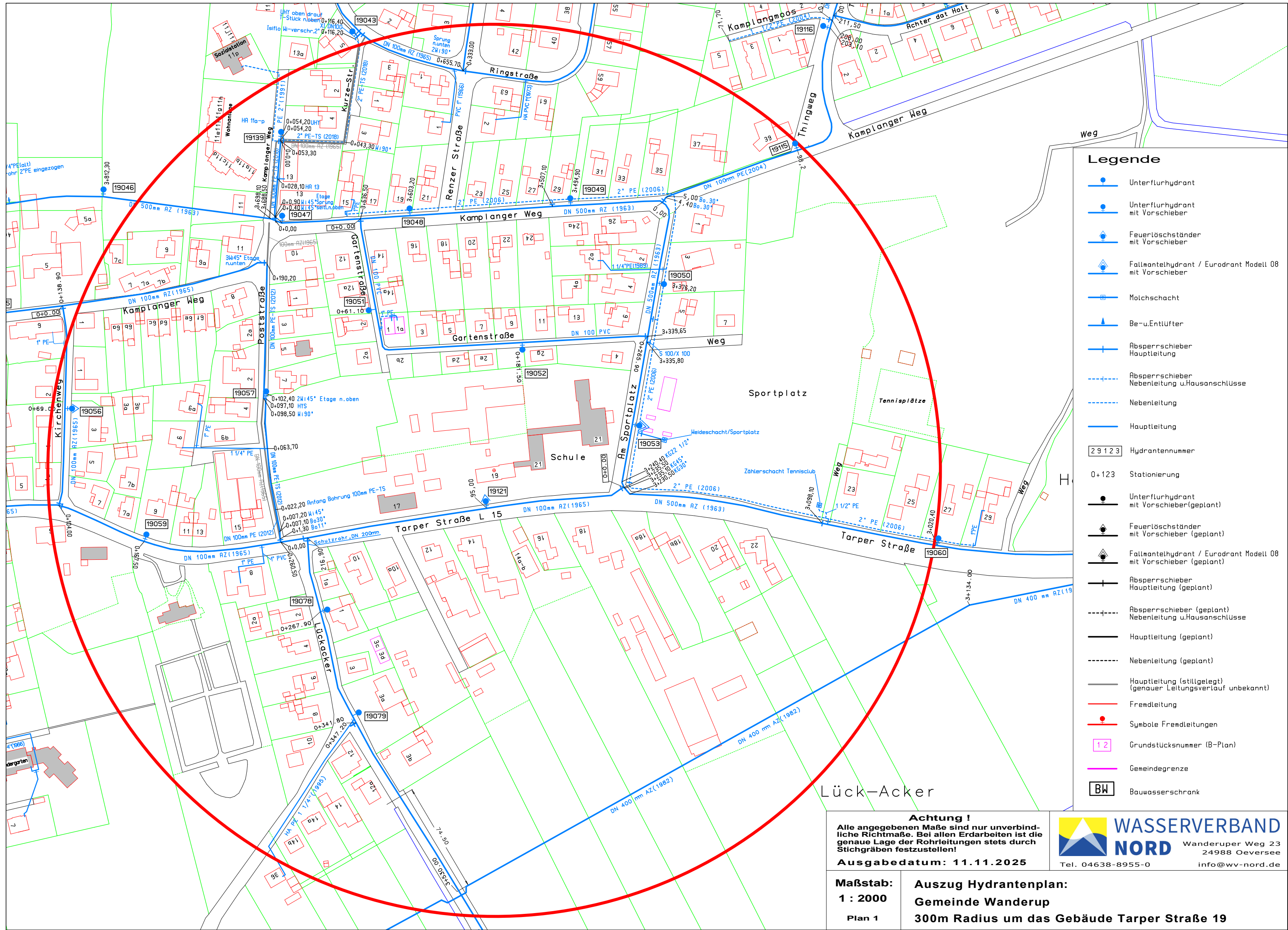
Mit freundlichen Grüßen

WASSERVERBAND NORD

im Auftrag

Hauke Magnussen  
Abteilungsleiter Rohrnetz-Betrieb und -Wartung





- Legende**
- Unterflurhydrant
  - Unterflurhydrant mit Vorschieber
  - Feuerlöschständer mit Vorschieber
  - Fallmantelhydrant / Eurodrant Modell 08 mit Vorschieber
  - Moltschacht
  - Be-u-Entlüfter
  - Absperrschieber Hauptleitung
  - Absperrschieber Nebenleitung u. Hausanschlüsse
  - Nebenleitung
  - Hauptleitung
  - Hydrantennummer
  - Stationierung
  - Unterflurhydrant mit Vorschieber (geplant)
  - Feuerlöschständer mit Vorschieber (geplant)
  - Fallmantelhydrant / Eurodrant Modell 08 mit Vorschieber (geplant)
  - Absperrschieber Hauptleitung (geplant)
  - Absperrschieber Nebenleitung u. Hausanschlüsse (geplant)
  - Nebenleitung (geplant)
  - Hauptleitung (geplant)
  - Hauptleitung (stillgelegt) (genauer Leitungsverlauf unbekannt)
  - Fremdleitung
  - Symbole Fremdleitungen
  - Grundstücksnummer (B-Plan)
  - Gemeindegrenze
  - BW Bauwasserschrank

**Achtung !**  
Alle angegebenen Maße sind nur unverbindliche Richtmaße. Bei allen Erdarbeiten ist die genaue Lage der Rohrleitungen stets durch Stichgräben festzustellen!  
**Ausgabedatum: 11.11.2025**



**WASSERVERBAND  
NORD**

Wanderuper Weg 23  
24988 Oeversee  
Tel. 04638-8955-0  
info@wv-nord.de

**Maßstab:**  
**1 : 2000**  
Plan 1

**Auszug Hydrantenplan:**  
**Gemeinde Wanderup**  
**300m Radius um das Gebäude Tarper Straße 19**





## BRANDSCHUTZKONZEPT

Die Zeichnung hat nur Gültigkeit in Verbindung mit dem Brandschutzkonzept-Textteil vom 12.11.2025

Baurechtliche Einstufung

Gebäudeklasse 3 / Sonderbau

Hinweise

Alle tragenden und aussteifenden Bauteile  
feuerhemmend F30-B | R 30

Die in der Zeichnung dargestellten Flucht- und Rettungswegsymbole stellen die baurechtlich erforderlichen Rettungswege dar. Sie ersetzen nicht die gesonderte Planung von Lage und Ausrichtung der Rettungswegkennzeichnung.

## LEGENDE

	befahrbare Fläche		Unterflurhydrant
	nicht befahrbare Fläche		Feuerlöschständer mit Vorschieber
	Bestandsgebäude		Fallmantelhydrant mit Vorschieber
	Bauteil hochfeuerhemmend F60-AB / EI 60		Anzahl der Geschosse
	notwendiger Treppenraum/ notwendige Treppe		Gebäudeeingang
	Feuerwehr-Hauptzufahrt		Photovoltaikanlage
	Sammelstelle		Zaun
	1. Rettungsweg		Grundstücksgrenze
	Rauch- und Wärmeabzugseinrichtungen		

## PROJEKT

OGS Wanderup  
Tarper Straße 19-21  
24997 Wanderup

Bauherr

Gemeinde Wanderup c/o Amt Eggebek  
Hauptstraße 2  
24852 Eggebek

Architekt

JEBENS SCHOOF ARCHITEKTEN BDA  
Speichergasse 6  
25746 Heide

Darstellung Maßstab

Lageplan 1:500

Blatt-Nr. Projekt-Nr.

01-BSK 09-25-05

Bearbeiter Datum

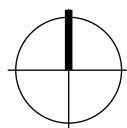
JU 12.11.2025

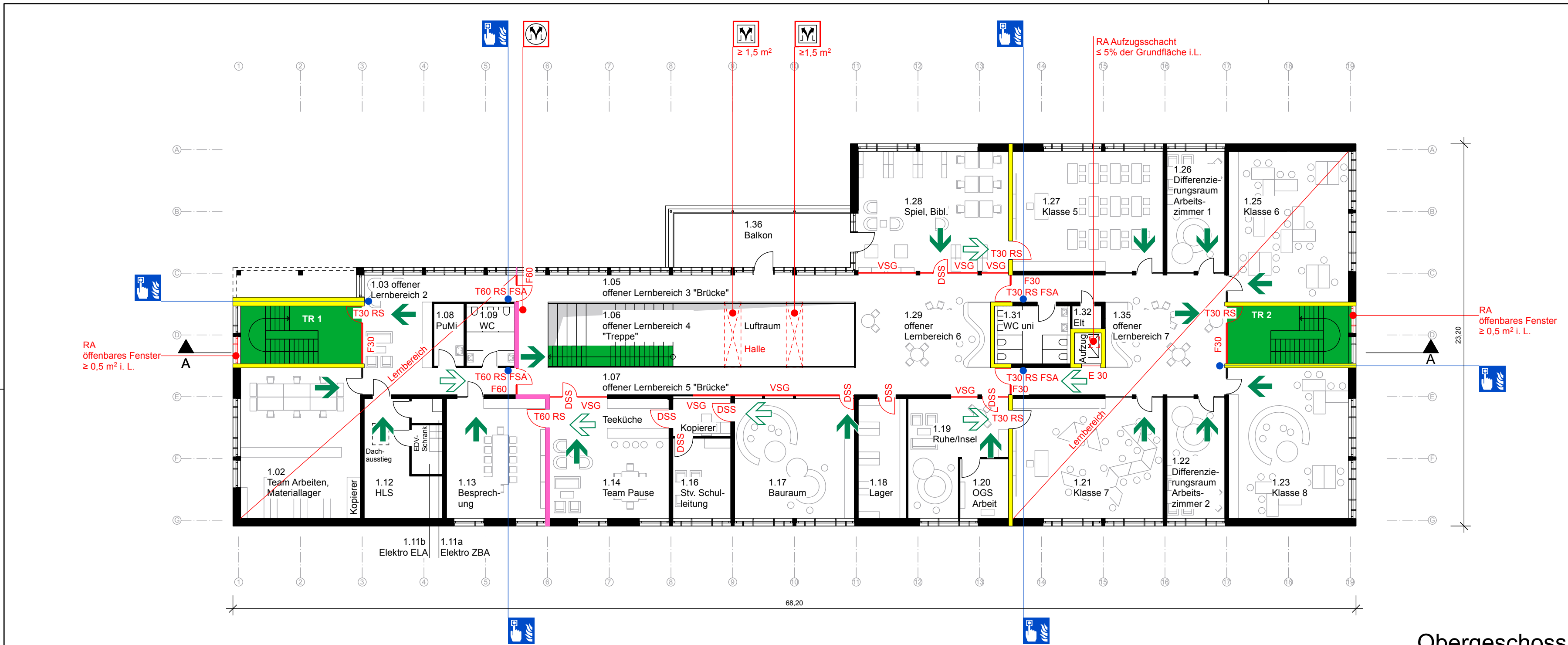
Index Änderung Datum


## ASSMANN SCHMIDT INGENIEURE

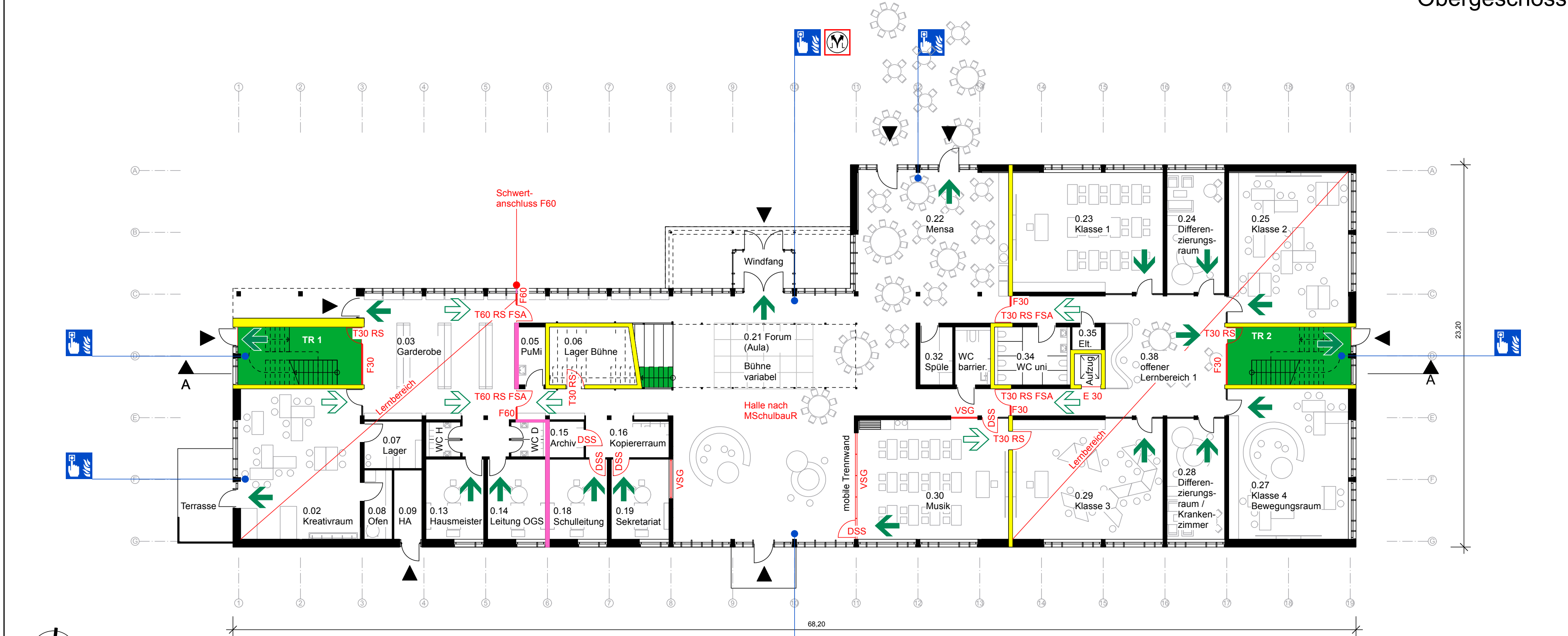
Sachverständigenbüro für vorbeugenden Brandschutz

Sandstraße 18 Fon: 0451 - 70 78 20 - 20 info@assmann-schmidt.de  
23552 Lübeck Fax: 0451 - 70 78 20 - 29 www.assmann-schmidt.de







Obergeschoss



Erdgeschoss

BRANDSCHUTZKONZEPT	
Die Zeichnung hat nur Gültigkeit in Verbindung mit dem Brandschutzkonzept-Textteil vom 12.11.2025	
Baurechtliche Einstufung	
Gebäudeklasse 3 / Sonderbau	
Hinweise	
Alle tragenden und aussteifenden Bauteile feuerhemmend F30-B   R 30	
Die in der Zeichnung dargestellten Flucht- und Rettungswegsymbole stellen die baurechtlich erforderlichen Rettungswege dar. Sie ersetzen nicht die gesonderte Planung von Lage und Ausrichtung der Rettungswegkennzeichnung.	
LEGENDE	
	Bauteil hochfeuerhemmend F60-AB / EI 60
	Bauteil feuerhemmend F30-B / EI 30
	notwendiger Treppenraum/ notwendige Treppe
	Brandmelder
	1. Rettungsweg
	2. Rettungsweg
	Gebäudeeingang
	Bedienstelle Rauch- und Wärmeabzugseinrichtungen
T60 / EI 60-CS	hochfeuerhemmender Abschluss
T30 / EI 30-CS	feuerhemmender Abschluss
RS / Sm-CS	rauchdichter und selbst-schließender Abschluss
DSS	dicht- und selbst-schließender Abschluss
F60	hochfeuerhemmender Verglasung
F30	feuerhemmender Verglasung
FSA	Feststellanlage
E 30	Fahrtschachtabschluss für feuerhemmende Fahrtschächte
i.L.	im Lichten
RA	Rauchableitöffnung
PROJEKT	
OGS Wanderup Tarper Straße 19-21 24997 Wanderup	
Bauherr	
Gemeinde Wanderup c/o Amt Eggebek Hauptstraße 2 24852 Eggebek	
Architekt	
JEBENS SCHOOF ARCHITEKTEN BDA Speichergasse 6 25746 Heide	
Darstellung	Maßstab
Grundriss Erd- und Obergeschoss	1:200
Blatt-Nr.	Projekt-Nr.
02-BSK	09-25-05
Bearbeiter	Datum
JU	12.11.2025
Index	Änderung
	Datum
<div><div></div><div>ASSMANN SCHMIDT INGENIEURE Sachverständigenbüro für vorbeugenden Brandschutz Sandstraße 18    Fon: 0451 - 70 78 20 - 20    info@assmann-schmidt.de 23552 Lübeck    Fax: 0451 - 70 78 20 - 29    www.assmann-schmidt.de</div></div>	



BRANDSCHUTZKONZEPT

Die Zeichnung hat nur Gültigkeit in Verbindung mit dem Brandschutzkonzept-Textteil vom 12.11.2025

Baurechtliche Einstufung

Gebäudeklasse 3 / Sonderbau

Hinweise

Alle tragenden und aussteifenden Bauteile  
feuerhemmend F30-B | R 30

Die in der Zeichnung dargestellten Flucht- und Rettungswegsymbole stellen die baurechtlich erforderlichen Rettungswege dar. Sie ersetzen nicht die gesonderte Planung von Lage und Ausrichtung der Rettungswegkennzeichnung.

LEGENDE

- Bauteil hochfeuerhemmend F60-AB / EI 60
- Bauteil feuerhemmend F30-B / EI 30
- notwendiger Treppenraum/notwendige Treppe
- Rauch- und Wärme-abzugeinrichtungen
- Photovoltaikanlage
- feuerhemmender Verglasung
- Fahrschachtabschluss für feuerhemmende Fahrschächte
- Rauchableitöffnung
- im Lichten

PROJEKT

OGS Wanderup  
Tarper Straße 19-21  
24997 Wanderup

Bauherr

Gemeinde Wanderup c/o Amt Eggebek  
Hauptstraße 2  
24852 Eggebek

Architekt

JEBENS SCHOOF ARCHITEKTEN BDA  
Speichergasse 6  
25746 Heide

Darstellung Maßstab

Dachaufsicht und Schnitt A-A 1:200

Blatt-Nr. Projekt-Nr.

03-BSK 09-25-05

Bearbeiter Datum

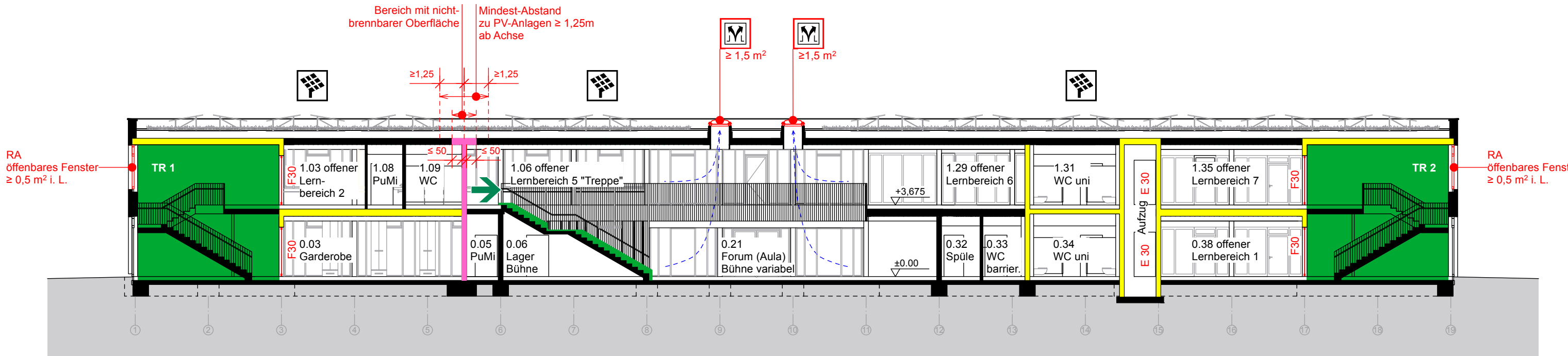
JU 12.11.2025

Index Änderung Datum

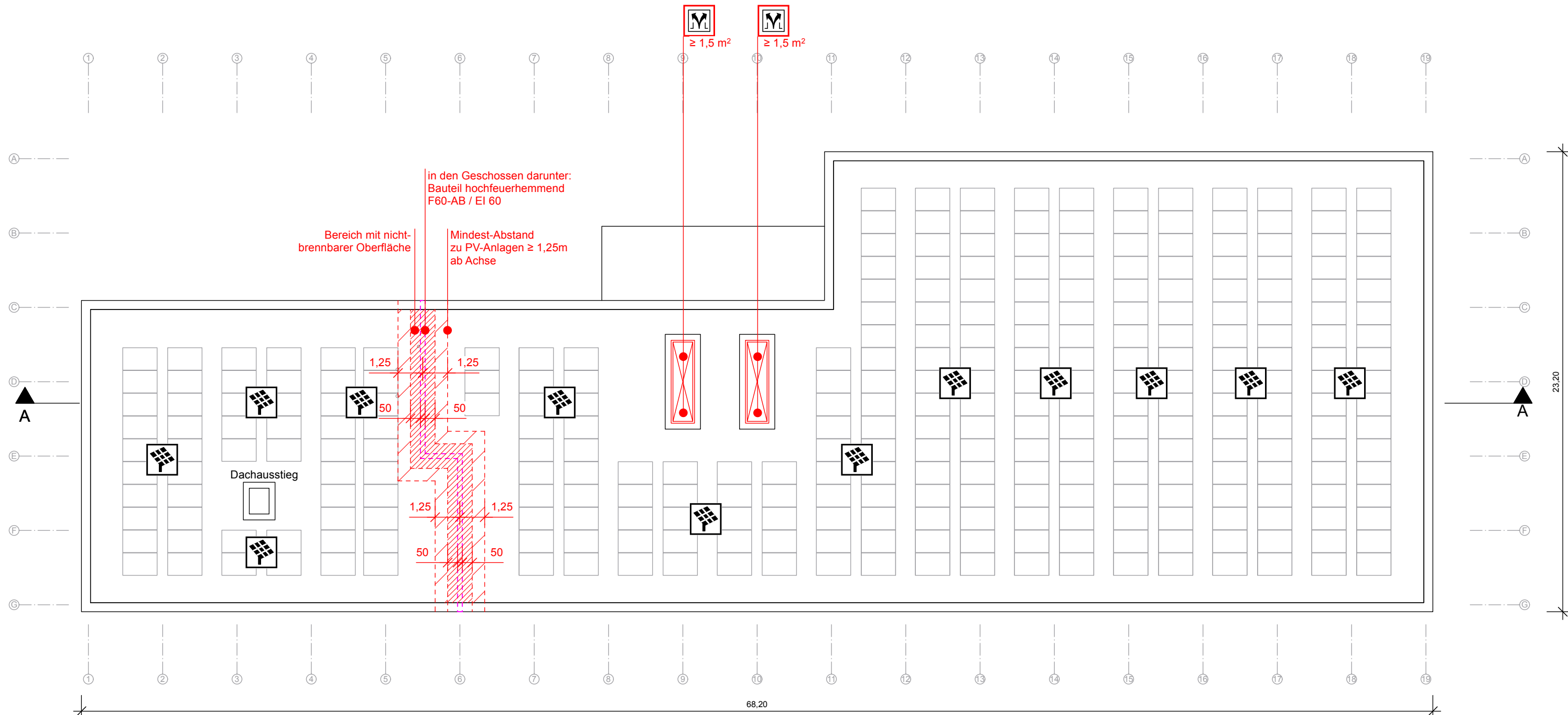

ASSMANN SCHMIDT INGENIEURE

Sachverständigenbüro für vorbeugenden Brandschutz

Sandstraße 18 Fon: 0451 - 70 78 20 - 20 info@assmann-schmidt.de  
23552 Lübeck Fax: 0451 - 70 78 20 - 29 www.assmann-schmidt.de



Schnitt A-A



Dachaufsicht

